



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 11
Dienstag, 6. September 2011
18:03 - 20:15 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 20.09.2011

| | | |
|----------------------|---|------------------|
| Vorsitz: | Edgar Zehnder | SVP |
| Protokoll: | Gabriele Behring | |
| Stimmzähler: | Gädi Distel Beat Steinacher | SVP SP |
| Anwesend: | Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 33 Mitglieder | |
| Entschuldigt: | | |
| Ganze Sitzung: | Andres Bächtold Andi Kunz | SP SP |
| Anfang der Sitzung: | Dr. Cornelia Stamm Hurter Beat Steinacher Christine Thommen | SVP SP FDP |
| Schluss der Sitzung: | Katrin Huber Ott | SP |

TRAKTANDEN

| | | |
|---|--|------------------|
| 1 | VdSR vom 21. Dezember 2010: Sanierungsarbeiten Schulraum Zentrum | Seite 304 |
| 2 | Postulat Christa Flückiger (SP) vom 5. Mai 2011: Leere Dienstwohnungen in den Schulhäusern der Stadt Schaffhausen | Seite 310 |
| 3 | Postulat Till Hardmeier (JFSH) vom 24. Mai 2011: Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile | Seite 314 |
| 4 | Postulat Josef Eugster (SVP) vom 7. Juni 2011: Anfrage beim Kanton für die Übertragung des städtischen Steuerwesens an den Kanton | Seite 317 |

PENDENTE GESCHÄFTE

| | | |
|------------|--|--------|
| 01.03.2011 | VdSR Strategie für die städtischen Restaurants | GPK |
| 24.05.2011 | Postulat Res Hauser (JFSH): Sponsoring soll vermehrt als Einnahmequelle genutzt werden | |
| 28.06.2011 | VdSR betreffend Erhöhung des Betriebsbeitrags an die KSS Sport- und Freizeitanlagen gestützt auf Ziff. 7.2 der Leistungsvereinbarung vom 1. Januar 2009 zwischen der Stadt Schaffhausen und der KSS Sport- und Freizeitanlagen | GPK |
| 12.07.2011 | VdSR Verkauf von Baurechtsgrundstücken | SPK |
| 16.08.2011 | VdSR Tempo-30-Zone im Quartier Geissberg und Erweiterung der T-30-Zone Emmersberg | FK Bau |
| 16.08.2011 | VdSR Abgabe einer Teilfläche des Grundstücks GB Nr. 21'534 an der Breitwiesenstrasse im Baurecht | FK Bau |

KLEINE ANFRAGEN 2011:

- Dr. Raphaël Rohner (FDP):
Einseitige Baulandstrategie - (noch) nicht erfüllter Auftrag des Grossen Stadtrats, Eingang 21. Juni 2011
- Andres Bächtold (SP):
Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen, Eingang 4. Juli 2011

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 21. Dezember 2010:
Sanierungsarbeiten Schulraum Zentrum**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 21. Dezember 2010 und den Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit mit den Anträgen vom 22. August 2011 mit 29:0 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 21. Dezember 2010 sowie vom Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 22. August 2011 über die Sanierungsarbeiten im Schulhaus Zentrum.
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Kredit von CHF 275'000.-- für die Erstellung eines Fachraums im Bereich Natur und Technik sowie eines Medienraums im Schulhaus Gega zu Lasten der Investitionsrechnung 2011.

**Traktandum 2 Postulat Christa Flückiger (SP) vom 5. Mai 2011:
Leere Dienstwohnungen in den Schulhäusern der Stadt
Schaffhausen**

Das Postulat wird von Christa Flückiger begründet, von SR Peter Kämpfer beantwortet und im Rat diskutiert. Die Postulantin zieht ihr Postulat zurück.

**Traktandum 3 Postulat Till Hardmeier (JFSH) vom 24. Mai 2011:
Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile**

Das Postulat wird von Till Hardmeier begründet, von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat in seiner Schlussabstimmung mit 31:0 Stimmen erheblich.

**Traktandum 4 Postulat Josef Eugster (SVP) vom 7. Juni 2011:
Anfrage beim Kanton für die Übertragung des städtischen
Steuerwesens an den Kanton**

Das Postulat wird von Josef Eugster begründet, von SR Peter Neukomm beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat in seiner Schlussabstimmung und unter Namensaufruf mit 15:12 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, nicht erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 11 vom 6. September 2011 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN:

Zuweisungsvorschlag des Büros zur Vorberatung an Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit von:

- VdSR Tempo-30-Zone im Quartier Geissberg und Erweiterung der T-30-Zone Emmersberg vom 16.08.2011. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*
- VdSR Abgabe einer Teilfläche des Grundstücks GB Nr. 21'534 an der Breitwiesenstrasse im Baurecht vom 16.08.2011. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*

PROTOKOLL

Das Protokoll der Sitzung Nr. 10 vom 23. August 2011 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsicht auf.

Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDEN

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt.

Information des Ratspräsidenten:

Traktandum 4 muss leider zurückgestellt werden, da der zuständige Stadtrat nicht vorbereitet ist. Somit wird Traktandum 5 zu Traktandum 4. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Persönliche Erklärung von Edgar Zehnder (SVP), Ratspräsident:

„Unsere Traktandenliste wird immer kürzer, weshalb ich denke, dass wir uns kurz über einen Vorfall unterhalten können und müssen, der die Gemüter in Schaffhausen in den vergangenen Tagen stark bewegt hat.“

Sehr geehrte Grossstadträtinnen und Grossstadträte, erlauben Sie mir ein paar Gedanken zum Thema Plakate. Ich habe es offiziell angekündigt, unser lokales Radio hat die Meldung gestern publiziert und bereits diverse Gespräche mit politischen Exponenten aufgezeichnet. Ich werde denjenigen, die sich zum Vorfall oder zu meinen Äusserungen melden möchten, anschliessend die Möglichkeit für eine persönliche Erklärung geben. Leider ist der betroffene Grossstadtrat ferienhalber abwesend. Da die nächste Ratssitzung jedoch erst im November stattfindet, kann ich darauf keine Rücksicht nehmen.

Vorab der Diskussion möchte ich betonen, dass ich das Thema unabhängig von der Parteizugehörigkeit angehen werde. Ich kann Ihnen versichern, dass mich die Plakataktionen der SVP-Schweiz keinesfalls stolz machen. Ich verurteile alle Aktionen jeglicher politischer Couleur, die dazu beitragen, dass unser Land aufgehetzt wird und Hass gestreut wird, der dann zu öffentlicher Gewalt führt. Ich bitte hiermit alle Parteien, mit dem Gut der Meinungs- und Redefreiheit sorgfältiger umzugehen und keine Konflikte in unserem bis heute sicheren Land zu schüren. Für mich als Direktdemokrat sind die Worte Freiheit, Rechte und Pflichten nicht nur eine billige Floskel. Wer in die Welt hinaus schaut und überall sieht, wie die Grundrechte und die Redefreiheit täglich mit Schuhen getreten werden, sollte besorgt sein, dass unser Land auch in Zukunft ein Rechtsstaat bleibt.

Als Präsident des Grossen Stadtrates und somit im Jahr 2011 als oberster Vertreter der Stadt Schaffhausen war ich Ende August sehr beschämt, als ich von der Plakataktion der Herren Schmutz und Kunz gehört habe. Die Aktion von Lehrer Schmutz macht mich aber nicht nur als Grossstadtratspräsident nachdenklich und traurig. Als Familienvater von drei heranwachsenden Kindern ist es mir unwohl, wenn von unseren Lehrervorbildern kriminelle Taten begangen und diese noch als Heldentaten angepriesen werden.

Als Mitglieder dieses Rates gehören wir alle zu der Legislative - wie das Wort Lex sagt, zur gesetzgebenden Gilde. Wer das Gesetz schreibt, muss es auch anwenden und gegen alle äusseren Kräfte mit allen Mitteln verteidigen und bewahren. Dazu haben sie sich verpflichtet.

Ich zitiere dazu SP Nationalrat Hans-Jürg Fehr:

”Als Mitglied der gesetzgebenden Behörde dieses Landes verteidige ich Verfassung und Gesetze ohne Wenn und Aber. Sie gelten für alle, und wer dagegen verstösst, muss die Konsequenzen tragen. Das gilt auch für Andi Kunz und Christoph Schmutz.”

Als Präsident des Grossen Stadtrates schäme ich mich für unser Mitglied Andi Kunz. Es ist für mich untragbar, dass Herr Kunz weiterhin in der Polizeikommission mitbestimmt und unserem Rat angehört. Um Herrn Kunz zum Rücktritt zu bewegen, braucht es kein neues Gesetz. Ich erwarte von Herrn Kunz auch jetzt Mut und Zivilcourage, dazu zu stehen, dass er einen “Seich” gemacht hat und nun baldmöglichst seine Konsequenzen daraus zieht, um einem neuen Mitglied der AL die Möglichkeit zu geben, glaubhaft und gesetzesgetreu diesem Rat anzugehören. Wenn Sie es wünschen, können Sie sich dazu äussern oder wir gehen zur heutigen Traktandenliste. “

Martin Egger (FDP) stellt folgenden Ordnungsantrag:

”Ich bin der Meinung, dass wir uns in diesem Rat mit Geschäften beschäftigen sollten, welche die Stadt Schaffhausen weiterbringen. Ein Schlagabtausch zwischen SVP und SP/AL trägt meiner Meinung nach nicht dazu bei. Die Diskussion verschafft allerhöchstens den Initianten - sowohl den Urhebern als auch den Plakatübermalern - eine sicherlich gewünschte Medienpräsenz. Eine Diskussion zum Thema übermalte SVP-Plakate ist nicht traktandiert. Es müsste meiner Meinung nach ein Antrag auf Änderung der Traktandenliste gestellt werden. Sollte dieser nicht gestellt werden, stelle ich den Ordnungsantrag, dass aufgrund der gültigen GO eine Diskussion zum Thema nicht möglich ist. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den von Martin Egger (FDP) gestellten Ordnungsantrag mit 15:8 Stimmen gut.

**Traktandum 1 VdSR vom 21. Dezember 2010:
Sanierungsarbeiten Schulraum Zentrum**

Thomas Hauser (FDP)

Bericht FK Bau

”Sie erinnern sich, unlängst konnte die Baufachkommission einer Vorlage des Stadtrates betreffend Sanierungsarbeiten im Schulraum Zentrum und einer Entflechtung in den Schulhäusern Altstadt/Gega/Bach/ Emmerbsberg und Kirchhofplatz nicht folgen und hat zwei Entscheide gefällt:

1. Die Sanierungsarbeiten im Schulhaus Altstadt/Gega sind sinnvoll und müssen ausgeführt werden.
2. Für das Schulhaus Emmersberg braucht es vor einer Gesamtsanierung ein Nutzungskonzept.

So hat die Kommission beschlossen, einen Kommissionsbericht zu den notwendigen Sanierungsarbeiten im Schulhaus Altstadt/Gega zu verfassen. Mit diesem Entscheid wurde die am 26. Januar 2010 vom Grossen Stadtrat verabschiedete Schulraumplanung 2008 – 2017 leicht geritzt. Aber für die Schulen Altstadt und Gega liegt jetzt eine sinnvolle Vorlage für einen Medienraum und einen zusätzlichen Natur und Technik-Raum vor. Für CHF 275'000.-- sollen diese beiden Räume realisiert

werden und die Realklassen der Schule Emmersberg können die Natur und Technik-Räume mit einem kurzen Weg im Gega benutzen. So fallen die Sanierung des Schulhauses Emmersberg sowie die Entflechtung und die Umbauarbeiten im Schulhaus am Bach aus der ursprünglichen Vorlage vom 21. Dezember 2010 heraus, weil die Mädchenwerkklassen im Kirchhofplatz-Schulhaus bleiben. Ist das neue Schulhaus auf der Breite realisiert, muss für die Sanierung der Schule Emmersberg ein Gesamtkonzept vorliegen.

Die Baufachkommission hat diese Vorlage an einer Sitzung behandelt und festgestellt, dass der neue Medienraum nur schon mit dem neuen Sekundar- und Realschullehrmittel im Fach Mathematik, nebst allen anderen Fächern und Angeboten wie Informatik, Tastaturschreiben und Stellwerk, dringend notwendig ist.

Neue Lehrpläne verlangen an der Oberstufe auch im Fachbereich Natur und Technik neue Räume. Dass man im Schulhaus Gega neben dem modernen Physikzimmer den grosszügigen Sammlungsraum zu einem Natur und Technik-Raum umfunktioniert, ist mehr als sinnvoll, denn so kann die reichhaltige Versuchsanlagensammlung ohne kostspielige Zukäufe praktisch doppelt genutzt werden. Für die Baufachkommission war das die ideale Lösung, und sie hat mit 7 zu 0 Stimmen diesen Kredit gutgeheissen.

Anlass zu Diskussionen hat die Zukunft des Schulhauses am Kirchhofplatz gegeben, denn mit dieser Vorlage bleiben die Mädchen-Werkklassen dort und kommen nicht ins Bachschulhaus. Auch das Kurswesen bleibt dort. Die Stadt Schaffhausen hat für den Kanton die Werkklasse für Mädchen zu führen, die Gemeinde Neuhausen jene für Knaben. Da in Neuhausen, im Gegensatz zu Schaffhausen, kostspielige Sanierungsarbeiten anstehen, muss man die Situation mit dem Kanton neu überdenken. An sich könnte man die freien Räume für Kurse und Weiterbildungsangebote et cetera nutzen; es sind auch immer Anfragen da. Nun geht es aber um die beiden wichtigen neuen Räume in der Schulanlage Altstadt/Gega im angemessenen Wert von CHF 275'000.--. Die einstimmige Baufachkommission bittet Sie um Unterstützung der Vorlage. Bei den Anträgen wird der Ratspräsident noch redaktionelle Änderung vorbringen, weil die beiden Anträge im Bericht und Antrag der Fachkommission nicht ganz gesetzeskonform formuliert sind. Inhaltlich ändert sich jedoch nichts.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle mitteilen, dass die **FDP-Fraktion** dem Aufruf der Baufachkommission folgen wird - und die Vorlage unterstützt. "

Daniel Schlatter (SP)

Votum

"Wie von der GPK verlangt, wurde die VdSR Sanierung Schulraum Zentrum aus dem Budget 2011 gestrichen. Der Stadtrat erarbeitete eine separate Vorlage, die am 24. Januar 2011 in der Fachkommission Bau besprochen wurde. Der Grundsatz, Real- und Sekundarschulklassen in einer Anlage zu führen, ist im Schulhaus Emmersberg nicht erfüllt. Die Auslastung der Fachzimmer wie Werkräume, Informatik sowie Natur und Technik ist in den verschiedenen Schulen unterschiedlich. Vor allem für die Informatik sowie für Natur und Technik werden auf der Orientierungsstufe zusätzliche Räumlichkeiten benötigt. In der Diskussion wurde vor allem bemängelt, die Vorlage mit CHF 600'000.-- als Kostenschätzung sei zu wenig seriös erarbeitet und der Bedarf für diese Teilsanierung nicht nachgewiesen. Es stellte sich die Frage, warum jetzt umziehen und nachher umbauen, wenn irgendwann einmal auch eine Gesamtsanierung im Schulhaus Emmersberg bevorsteht. Das Schulhaus Breite hat

jedoch erste Priorität. Nach längerer Diskussion beschloss die Fachkommission Bau, einen Bericht und Antrag zu verfassen, der sich auf das Gega-Schulhaus konzentriert. Der Ihnen vorliegende Bericht vom 22. August 2011 erfüllt die Teilforderung, sodass im Gega-Schulhaus im Erdgeschoss ein Natur und Technik-Raum für CHF 55'000.-- sowie im Untergeschoss ein Medienraum für CHF 220'000.-- eingebaut werden kann.

Die **SP/AL-Fraktion** wird diesem Antrag zustimmen, da die Notwendigkeit für diese Räume unbestritten ist. Wir sind jedoch enttäuscht, dass eine Entflechtung der gemischten Primar- und Orientierungsschulen im Bereich Altstadt und Emmersberg sowie die Integration des Werkjahres in die Schulanlage Bach und Gega nicht erfüllt werden. “

Josef Eugster (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Der Baufachkommission ging es in erster Linie nicht um die Änderung, respektive Umplatzierung oder Zusammenlegung der verschiedenen Schulklassen in den Schulhäusern im Zentrum. Im Vordergrund standen die vorgesehenen Investitionen in die Schulhäuser Gega und Emmersberg. Unbestritten war die Investition in die Erweiterung des Fachraums im Bereich Natur und Technik sowie eines Medienraumes. Die Investition von CHF 275'000.-- wird mit Ihrer Zustimmung im Schulhaus Gega getätigt. Kein Zuspruch fand jedoch die Investition von CHF 600'00.-- in das längst sanierungsbedürftige Emmersberg-Schulhaus. Bekannt ist, dass mehrere Schulzimmer und die Hauswartwohnung seit längerer Zeit ungenutzt sind. Zudem sind die Sanierungsarbeiten, vor allem in Untertage-Räumen, vorgesehen, was für mich als Schulraum längerfristig ohnehin fragwürdig ist. Da die Totalsanierung in den nächsten vier bis fünf Jahren unumgänglich sein wird, konnte die Baufachkommission einer kurzfristigen Massnahme mit Kosten von CHF 600'000.-- nicht zustimmen. Wir bitten Sie daher, dem Bericht und dem Antrag der Baufachkommission vom 22. August 2011 zuzustimmen.

Die **SVP/EDU-Fraktion** wird diesem geschlossen zustimmen. “

Daniel Preisig (JSVP)

Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung

”Die bürgerlich-liberale Fraktion begrüsst die pragmatisch überarbeitete Vorlage der Baufachkommission, wir werden ihr einstimmig zustimmen. Die ursprüngliche Vorlage entstand an einem praxisfernen Schreibtisch. Ohne erkennbaren Nutzen wollte die Schulverwaltung die Schulzimmer für die Primar- und Oberstufe der Schulhäuser Bach/Gega und Emmersberg für viel Geld von einem Schulhaus ins andere verschieben, und dies, obwohl diese Schulhäuser ein paar Gehminuten voneinander entfernt liegen. Diese Idee stiess weder bei den Schülern noch bei den Lehrern auf Unterstützung. Beim Schulhaus Emmersberg steht zudem mittelfristig eine Gesamtsanierung an. Es leuchtet nicht ein, warum jetzt viel Geld für einen Zwischenumbau ausgegeben werden soll. Deshalb hat die Baufachkommission die Vorlage überarbeiten lassen und auf die zwei zusätzlich benötigten neuen Räume konzentriert: Einen Informatikraum und einen Raum für Natur und Technik.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Kirchhofplatz-Schulhaus. Die Baufachkommission hat sich nicht, wie in einigen Medien gemeldet, explizit dafür ausgesprochen, dass in diesem Gebäude unbedingt weiterhin unterrichtet werden muss. Vielmehr möchten wir vom Stadtrat zuerst wissen, wie das Gebäude anders genutzt werden kann, bevor wir viel Geld in die Verschiebung der Schulklassen

investieren. Eine bessere Nutzung dieses zentral gelegenen Gebäudes ist willkommen, aber eben: Bevor wir Geld in die Hand nehmen, wollen wir vom Stadtrat Pläne sehen. “

Katrin Bernath (OeBS)**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

”Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** ist der Ansicht, dass die beiden Fachräume im Gega realisiert werden sollen und wird den Anträgen der Baufachkommission zustimmen. Der Bedarf für einen zusätzlichen Informatikraum und einen Fachraum für den Natur- und Technikunterricht ist gegeben. Dass diese beiden Räume im Gega-Schulhaus eingerichtet werden, ist auch im Hinblick auf eine allfällige spätere Zusammenführung der Oberstufe Gega sinnvoll. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, von diesem in der Schulraumplanung genannten Ziel abzuweichen. Voraussetzung dafür ist aber, dass die organisatorische Entflechtung und die dafür notwendigen baulichen Massnahmen Hand in Hand geplant werden. Es braucht ein klares Konzept, das aufzeigt, welche Schritte notwendig sind und in welchem Zeitraum diese realisiert werden sollen.

Dies gilt insbesondere für die baulichen Massnahmen im Schulhaus Emmersberg. Hier braucht es ein Gesamtkonzept, das die heutigen Probleme, aber auch für die kommenden Jahre absehbare Bedürfnisse umfassend berücksichtigt. Stichworte dazu sind die Vergrösserung des Lehrerzimmers, die Nutzung der Hauswartwohnung oder der Bedarf an Räumen für Tagesstrukturen. Ein solches Gesamtkonzept ist die Grundlage für durchdachte und aufeinander abgestimmte Massnahmen, die auch längerfristig überzeugen. Es heisst aber nicht, dass alle Massnahmen gemeinsam realisiert werden müssen und in den nächsten 5 bis 10 Jahren bis zur Gesamtsanierung gar nichts gemacht werden kann. Auch für das Schulhaus am Kirchhofplatz braucht es längerfristige Überlegungen, welche Schritte wohin führen. Dabei sind verschiedene Aspekte einzubeziehen, wie beispielsweise Absprachen mit dem Kanton und der Gemeinde Neuhausen zur Organisation von Werkklassen oder eine verbesserte Ausnutzung der Räume durch die Vermietung für weitere Zwecke.

In diesem Sinne sagen wir Ja zum ersten Schritt der Sanierungsarbeiten und erwarten, dass die weiteren Schritte mit Weitblick angegangen werden. “

SR Urs Hunziker**Stellungnahme Stadtrat**

”Die Vorlage des Stadtrates zur Sanierung des Schulraumes der Zentrumsschulen von Ende letzten Jahres hatte beabsichtigt, die heute mit Primar- und Orientierungsschulklassen geführten Schulen Gega und Emmersberg zu entflechten. Mit dieser Absicht folgte der Stadtrat der vom Grossen Stadtrat im Januar 2010 bewilligten Schulraumplanung, die als eine der geplanten Massnahmen vorgesehen hatte, künftig im Emmersberg nur noch Primarklassen zu führen, im Gega nur noch Orientierungsschulklassen. Mit vergleichsweise bescheidenen baulichen Massnahmen hätten die Schulen Emmersberg und Gega für diese Entflechtung vorbereitet werden sollen. Damit hätte auch den Forderungen des geltenden Schulgesetzes, Art. 39, wonach die Orientierungsschulen nach Möglichkeit in der gleichen Anlage zu führen sind, entsprochen werden können. Gleichzeitig hätte mit der Entflechtung auch das Kirchhofplatzschulhaus freigespielt werden können.

Die Fachkommission Bau konnte indessen der Argumentation von Stadtrat und Stadtschulrat nicht folgen und empfahl, die baulichen Massnahmen im Schulhaus Emmersberg im Rahmen einer Gesamtsanierung vorzusehen und im Moment

lediglich den geplanten Informatikraum sowie den Raum für Natur und Technik im Schulhaus Gega zu realisieren. Die entsprechenden Anträge finden Sie in der Kommissionsvorlage. Stadtrat und Stadtschulrat bedauern, dass die geplante Entflechtung der Schulanlagen Gega/Altstadt/Emmersberg nicht wie in der vom Grossen Stadtrat bewilligten Vorlage zur generellen Schulraumplanung vorgesehen, realisiert werden kann. Es ist den beiden Räten jedoch ein Anliegen, dass die zur Erfüllung der Lehrpläne dringend notwendigen baulichen Massnahmen im Schulhaus Gega getätigt werden können.

Ich ersuche Sie deshalb, auf die Kommissionsvorlage einzutreten und den Anträgen zuzustimmen, auch wenn dies mit dem Wermutstropfen verbunden ist, dass die geplante Entflechtung damit nicht zustande kommen und das Schulhaus am Kirchhofplatz nicht freigespielt werden kann. Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass wir für freistehende Räume im Kirchhofplatz-Schulhaus verschiedene Interessenten haben, die diese gerne nutzen würden. “

Kurt Zubler (SP)**SP/AL-Fraktionserklärung**

”Zuerst möchte ich auf das Votum von Daniel Preisig eingehen und ihn dahingehend korrigieren, wie dies übrigens auch SR Urs Hunziker ausführte, dass dieser Entscheid der Entflechtung nicht am fernen Schreibtisch gefallen ist, sondern an vielen Tischen und unzähligen Sitzungen einer Kommission dieses Rates und letztlich durch die Ratsmitglieder in diesem Saal gefällt worden ist. Damit ist auch ein Auftrag erteilt worden, Massnahmen zu ergreifen. Ich bin trotzdem mit Ihnen einverstanden, vor allem mit dem Vorschlag der Fachkommission Bau, dass ein Gesamtprojekt konzipiert und eine Gesamtanierung des Emmersberg-Schulhauses in einer Gesamtsicht aufgegleist wird. Ich bin ebenfalls froh, dass einige Kommissionsmitglieder ihre Meinung korrigiert haben, da aus der Vorlage nicht ganz klar ersichtlich ist, dass aufgeschoben nicht aufgehoben ist, sondern der erteilte Auftrag weiterhin bestehen bleibt. Ich hoffe, dass die Exekutivbehörden dies gehört haben und entsprechend auch handeln werden.

Ich möchte als Zwischenlösung an die beiden Exekutivbehörden Folgendes weitergeben: Der Ansatz einer organisatorischen Zusammenführung der Oberstufen kann schon früher geprüft werden. Diese war bereits in der VdSR zur Schulraumplanung vorgesehen. Es wurde auch bereits diskutiert, dass die Schulhäuser Bach und Gega als eine Anlage betrachtet werden, als Oberstufe unter einem Dach, das heisst unter dem grossen Dach Bach und Gega. Nun ist das Emmersberg Schulhaus nicht weit vom Oberstufentrakt des Gega entfernt wie das Bach-Schulhaus. Es wäre zu prüfen, ob der Lehrkörper der drei Realklassen nicht organisatorisch mit dem Oberstufenlehrkörper der Oberstufe Gega zusammengelegt werden könnte und, wie in der Vorlage Schulraumplanung angedacht, im Sinne eines grossen Daches als gemeinsame Anlage und organisatorische Einheit zu führen. Die Vorteile der Bildung grösserer Teams wurden von den beiden Exekutivbehörden bereits dargelegt. “

Katrin Huber Ott (SP)**Votum**

”Ich bin enttäuscht über den Entscheid der Fachkommission Bau und kann diesen nur teilweise nachvollziehen, teilweise aber auch nicht. Ich möchte an dieser Stelle Daniel Preisig zurückbinden, es ist keineswegs ein Entscheid von Schreibtischtägern fernab der Praxis. Der Grosse Stadtrat hat zur Schulraumplanung Ja gesagt, er hat zur Entflechtung ebenfalls Ja gesagt. Jetzt wurde dieser Entscheid auf den

Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Ein Gesamtkonzept zum Emmersberg-Schulhaus werden wir Alle in diesem Rat nicht mehr erleben, dafür stehen die Finanzen der Stadt zu schlecht. Ich bedaure dies sehr, obwohl ich den von Josef Eugster geäusserten Zeithorizont von vier bis fünf Jahren sehr wohl gehört habe und werde ihn dann auch beim Wort nehmen, wenn es darum geht, dem Gesamtkonzept zuzustimmen. Ich habe auch die Zustimmung zur schrittweisen Umsetzung seitens der OeBS-Fraktion gehört und hoffe auf Ihre Grosszügigkeit. Auf der strategischen Ebene ist die Situation alles andere als befriedigend, mit vier Primarschulklassen in der Altstadt und drei Realschulklassen im Emmersberg logische Synergien zu bündeln. Hier widerspreche ich Kurt Zubler, das Problem ist für die Lehrpersonen in der Praxis nicht so einfach zu lösen, das heisst vom oberen Schulhaus ins untere zu laufen sowie die Absprachen zwischen den Parallelklassen zu organisieren. Das sieht auf dem Schreibtisch viel schöner als im Alltag aus. Ich kann dem Vorschlag der Fachkommission Bau aber zustimmen, da ich auf jeden Fall froh bin, wenn in der Altstadt zusätzlich benötigte Räume eingerichtet werden können. Ich werde Sie sicherlich beim Wort nehmen und hoffe sehr, dass Sie sich dann auch daran halten werden. “

Der Ratspräsident stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, verliest die Vorlage vom 21. Dezember 2010, Seiten 1-8 mit den Beilagen sowie den Bericht und Antrag der Fachkommission Bau vom 22. August 2011, Seiten 1-5 mit den Anträgen und den redaktionellen Ergänzungen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 21. Dezember 2010 sowie vom Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 22. August 2011 über die Sanierungsarbeiten im Schulhaus Zentrum. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Kredit von CHF 275'000.-- für die Erstellung eines Fachraums im Bereich Natur und Technik sowie eines Medienraums im Schulhaus Gega zu Lasten der Investitionsrechnung 2011. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 21. Dezember 2010 und den Bericht und Antrag der Fachkommission Bau vom 22. August 2011 mit 29:0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 Postulat Christa Flückiger (SP) vom 5. Mai 2011:
Leere Dienstwohnungen in den Schulhäusern der Stadt
Schaffhausen**

Christa Flückiger (SP)

Begründung

„Ich weiss, dass der Inhalt meines Postulates kontrovers diskutiert wird, insbesondere, was die Situation in anderen Kantonen anbelangt. Die Vorteile für die Beibehaltung der jahrelangen Praxis betreffend Wohnsitzpflicht der Hauswarte an den Schaffhauser Schulen muss ich Ihnen nicht mehr erläutern, sie stehen in der schriftlichen Begründung des Postulats. Ich bin mir auch bewusst, dass es nicht immer einfach ist, für alle Beteiligten akzeptable Lösungen zu finden. Weil es aber immer Auswege und Lösungen gibt, beginne ich mit meinen einleitenden Worten wie mit einem Märchen, und die beginnen bekanntlich mit: Es war einmal, und es gab einmal eine Zeit - eine Zeit, da waren unsere Schulhäuser mit einer Hauswartwohnung ausgestattet, in denen lebten Herr und Frau Hauswart. Der Herr kümmerte sich um die baulichen und technischen Belange im und um das Schulhaus, die Frau sorgte für Reinlichkeit und den guten Geist des Hauses. Zugegeben, es mag ziemlich nostalgisch tönen, eben wie im Märchen. Ein Märchen, welches in Schaffhausen schon bald wie eine Seifenblase zu zerplatzen scheint? Wenn ich zurückblicke und Revue passiere, verspüre ich ein ungutes Gefühl, es kommt bei mir gar der Gedanke auf, als ob sich ein alt bewährtes Modell zum Auslaufmodell entwickelt. Lassen Sie mich ein paar Beispiele, wie sie in vergangener Zeit entstanden sind, aufzählen:

So ist beispielsweise das Schulhaus Gelbhausgarten schon länger verwaist, das heisst die Hauswartwohnung steht schon seit geraumer Zeit leer, die Gründe dafür sind uns allen bekannt, doch nach adäquaten Lösungen wurde meines Wissens nicht wirklich gesucht. Das Hauswartsehepaar wird in Bälde in Pension gehen. Meines Erachtens wäre es angebracht, jetzt schon nach einer guten Lösung zu suchen, damit die neuen Stelleninhaber in Pflicht genommen werden können, beim Objekt Wohnsitz zu halten, zumal das Bachschulhaus über keine Wohnung verfügt, also ebenfalls von einem Hauswart betreut wird, welcher ausserhalb der Anlage wohnt. Gelbhausgarten und Bachschulhaus zusammen bilden eine grosse Schulanlage, hier sehe ich dringenden Handlungsbedarf.

Erwähnenswert ist auch die Geschichte des Emmersberg Schulhauses. Nebst dem damaligen Hauswart für die Sporthallen im Emmersberg, betreute die Familie Pfeiffer bis zur Pensionierung über zwei Jahrzehnte das legendäre Schulhaus. Zuerst in einer sehr alten und unattraktiven Wohnung im Schulhaus, nach deren Sanierung geradezu in einem Schmuckstück. Das Ehepaar Pfeiffer wurde nicht ersetzt, das Schulhaus wurde dem Hallenwart der Emmersberg Sporthallen in Folge einer Reorganisation zugewiesen und die Wohnung im Schulhaus wurde anderweitig eingesetzt. Der jetzige Hauswart wohnt mit seiner Lebenspartnerin in der neu renovierten Wohnung oberhalb der Turnhallen. Das ist bezüglich Attraktivität meiner Meinung nach eine absolute Fehlplanung, wenn man bedenkt, dass der Turnbetrieb bis abends 21:30 Uhr dauert, eine Erweiterung bis 22:00 Uhr ist im Gespräch. Die Wochenenden sind ebenfalls gut ausgelastet und in den Schulferien haben die Vereine die Möglichkeit, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Einzige Ausnahme ist die Zeit der grossen Sommerferien und die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr.

In der Wohnung des Emmersberg Schulhauses wurden Störfaktoren wie Ballprellen, Gymnastikmusik, Springen, Hüpfen, kreischen und so weiter mindestens zu den Rand- und Abendzeiten, aber auch an den Wochenenden und den Schulferien

eliminiert. Leider wurde diese Wohnung aber zweckentfremdet und steht somit als Wohnsitz für den Hauswart nicht zur Verfügung. Ich habe in meiner schriftlichen Begründung auch noch auf die bestmöglichen Varianten für alle Parteien hingewiesen, eben gerade um der Ausgliederung vorzubeugen. In diesem Fall wurde sie eindeutig nicht berücksichtigt. Dies ist aber eine etwas andere Sache, ich möchte Ihnen gleich in einem weiteren Beispiel aufzeigen, weshalb ich postuliere.

Auch der Hauswart im Schulhaus Kreuzgut weilt nicht mehr in der Dienstwohnung, er hat sich nach einer Wohnung ausserhalb der Schulanlage umgesehen. Die Dienstwohnung ist ein schmuckes Einfamilienhäuschen direkt neben der Anlage und aktuell leider anderweitig vermietet. Es sind verschiedene Gerüchte im Umlauf, die wiederum Anlass geben, daran zu zweifeln, dass dieses Objekt je wieder durch einen Hauswart besetzt werden könnte. Sicher ist, dass der jetzige Hauswart in Pension geht und eigentlich ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin gesucht werden müsste. Wie aber bereits beim Emmersberg Schulhaus erwähnt, könnte die Reorganisation der Hauswarte dazu führen, dass diese Stelle mit dem Hohberg Schulhaus zusammengeführt und die Stelle im Kreuzgut gar nicht mehr besetzt wird, was wiederum bedeuten würde, dass Kreuzgut und Hohberg - dieses Schulhaus verfügt wie das Bachschulhaus über keine Dienstwohnung - ohne Hauswart mit Wohnsitz beim Objekt betrieben würden. Vielleicht kann aber heute Abend darüber umfassend informiert und Klarheit geschaffen werden. Sollten sich meine Befürchtungen bestätigen, ist für mich ganz klar, dass damit ein weiterer Qualitätsverlust an den Schaffhauser Schulen, für Lehrerinnen und Lehrer, für die Kinder, aber auch für die Quartierbewohner verbunden wäre. Zum Zeitpunkt der Einreichung meines Postulates war auch das Schulhaus Steig unbewohnt. Glücklicherweise konnte mit der neuen Stelleninhaberin vereinbart werden, dass sie im Schulhaus wohnt. Ich kenne den Grundriss der Wohnung und könnte mir sehr gut vorstellen, dass es schwierig ist, Personal zu finden, das bereit ist, in dieser Wohnung zu leben. Und jetzt sind wir bei einem weiteren Punkt, den ich bereits angesprochen habe.

In erster Linie geht es mir um die Haltung des Stadtrates, wie er zur Forderung und Verbindlichkeit betreffend Belegung der Dienstwohnungen steht; es geht mir aber auch darum, dass wir darauf angewiesen sind, dass die Wohnungen den heutigen Ansprüchen genügen und für alle Parteien die bestmögliche Lösung gesucht wird. Es müssen keine Luxuswohnungen sein, es soll aber eingeräumt werden, dass die Wohnungen auch Arbeitsplatz sind. Ich bitte den Stadtrat mit einem wachsamem und vor allem vorausschauenden Auge darauf zu reagieren. So kann die Verbindlichkeit auch besser argumentiert werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und erwarte mit Spannung die Diskussion und Antwort um das Postulat.

Zuvor hätte ich aber noch einen zugegebenermassen etwas belehrenden Wunsch, auch an die Medien:

Bitte operieren Sie wenn möglich nicht mit dem Wort Abwart. Seit ein paar Jahren gibt es die eidgenössische Berufsschule für den Hauswart. Mit Abschluss durch eine Lehrabschlussprüfung erhalten die Abgänger den Ausweis zum eidgenössisch diplomierten Hauswart. Dies ist die richtige Berufsbezeichnung. Den Abwart sollte man aus seinem Vokabular streichen, denn bei richtiger Betrachtung stellt man schnell einmal fest dass sie nicht etwas abwarten, sondern Häuser und Anlagen warten. Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme. “

SR Peter Käppler**Stellungnahme Stadtrat**

„Mit ihrem Postulat möchte Christa Flückiger den Stadtrat beauftragen Bericht zu erstatten, wie die Verbindlichkeit des Wohnsitzes der Hauswartfamilien in Schulhäusern der Stadt Schaffhausen in Zukunft geregelt werden soll. Für das Anliegen von Christa Flückiger hat der Stadtrat grosses Verständnis und die Ziele des Stadtrates decken sich mit denjenigen der Postulantin. Er empfiehlt trotzdem das Postulat abzulehnen, weil es aus Sicht des Stadtrates erfüllt ist. Grundsätzlich hält der Stadtrat an der Verbindlichkeit des Wohnsitzes der Hauswartfamilien auf den Schulanlagen der Stadt Schaffhausen fest, und er ist wie die Postulanten der Meinung, dass die Präsenz eines Hauswartes eine präventive Wirkung hat. Gleichzeitig möchte der Stadtrat während den Nutzungen eine Ansprechperson auf den Schulanlagen präsent haben. Trotz der Absicht, dass in allen Schulanlagen die Hauswarte im Schulhaus wohnen sollen, kann dies nicht überall umgesetzt werden. So verfügen zurzeit drei Schulanlagen über keine Hauswartwohnung nämlich Bach, Hemmental und Hohberg.

Zurzeit sind bis auf zwei Wohnungen in allen Schulhäusern die Hauswartwohnungen durch die Hauswarte bewohnt. Wenn es in Schulanlagen, in welchen Hauswartwohnungen vorhanden sind, ausnahmsweise zu Leerständen kommt, dann hat dies verschiedene Gründe, die ich namens des Stadtrates erläutern möchte: So kann bei absehbaren Pensionierungen ein vorübergehender Leerstand eintreten, wie dies momentan in der Anlage Kreuzgut der Fall ist. Nach erfolgter Pensionierung und Neubesetzung der Stelle wird diese Wohnung wieder besetzt werden. In der Schulhausanlage Gelbhausgarten hatte die intensive und tolerierte Freizeitnutzung am Abend und Wochenende durch Jugendliche dazu geführt, dass die Wohnsitzpflicht der Hauswartfamilie nicht mehr zugemutet werden konnte. Mittlerweile hat sich die Situation dank der aktiven Jugendarbeit mit Unterstützung der Polizei und der Stiftung Impuls beruhigt und auf den Zeitpunkt der Nachfolgeregelung des Hauswartpaares wird nach einer Lösung gesucht, damit auch diese Nachfolger wieder Wohnsitz im Schulhaus nehmen können.

Die Postulantin hat den Emmersberg erwähnt, wo durch eine Reorganisation nur noch ein Hauswart eingesetzt wird. Es ist selbstverständlich so, dass bei allen Pensionierungen überprüft wird, ob die Stellenbesetzung noch adäquat ist. Ziel ist ganz klar, dass Schulanlagen von einem Hauswart geführt werden, der mehrere Angestellte hat. Dadurch wird die Hauswartfunktion aufgewertet. Wenn allerdings nur ein Hauswart-Ehepaar tätig ist, braucht es auch nur eine Wohnung; insofern war es logisch, dass man sich im Emmersberg für die sehr schön renovierte Wohnung entschied, eine Entscheidung, die sicherlich richtig war. Solche Reorganisationen werden auch bei anderen Schulanlagen überprüft, zurzeit läuft die Abklärung im Zusammenhang mit der Anlage Kreuzgut/Hohberg.

Der Stadtrat ist sich der wichtigen und umfassenden Funktion des Hauswartpersonals bewusst. Gerade die ausserschulischen Aufgaben und Problemstellungen können sehr belastend sein und die Wohn- und Aufenthaltsqualität beeinträchtigen. Bei allen Neuanstellungen wird die Wohnsitzpflicht thematisiert und ist zugleich auch ein entscheidendes Auswahlkriterium, wie dies mit der jüngst erfolgten Neubesetzung des Schulhauses Steig ab August 2011 umgesetzt wurde. Zudem wird bei allen Sanierungs- und Neubauprojekten, wie etwa dem Neubau Schule Breite, darauf geachtet, dass attraktiver und den heutigen Anforderungen angepasster Wohnraum für Hauswarte zur Verfügung gestellt werden kann.

Der Stadtrat empfiehlt Ihnen daher, das Postulat als nicht erheblich zu erklären, weil das Anliegen der Postulantin vom Stadtrat wie dargelegt erfüllt und die Situation mit den vorübergehend zwei Hauswartwohnungen als zumutbar erachtet wird. “

Gädi Distel (CVP)**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

”Dass die Hauswarte zum Teil nicht mehr in den Schulanlagen wohnen, finden wir eine negative Entwicklung. Wie die Postulantin sind auch wir der Meinung, dass der Abwart der gute Geist eines Schulhauses ist. Wir alle haben unsere Erinnerungen an die Schulzeit und zu der gehören auch die Schulhauswarte. Wenn ich mir auf dem Schulweg einmal eine Schramme holte, ging ich nicht zum Lehrer, sondern fragte bei der Frau des Abwarts um ein Pflaster. Oder wenn einmal nicht das richtige Buch mit nach Hause kam, wie froh war ich, dass ich beim Hauswart klingeln konnte, und er mir das Schulhaus aufschloss, so dass ich am anderen Morgen meine Aufgaben auch hatte. Sie sehen, was ich mit gutem Geist meine.

Heute ist es meiner Meinung nach noch wichtiger, dass die Hauswartfamilie im Schulhaus wohnt. Ich bin der Überzeugung, dass es weniger Littering und Lärm auf einem Schulhof gibt, wenn jemand im Haus wohnt. Wenn eine Dienstwohnung dem heutigen Standard entspricht, und das muss natürlich die Voraussetzung sein, dann darf man die Stelle eines Hauswartes sicher mit der Bedingung verknüpfen, dass die Hauswartfamilie im Schulhaus wohnt.

Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** wird das Postulat nicht einstimmig, aber mehrheitlich überweisen. “

Christine Thommen (FDP)**FDP-Fraktionserklärung**

”Die **FDP-Fraktion** geht mit dem Anliegen des Postulats einig. Wie wir soeben vom Stadtrat gehört haben, tut er das entgegen der Befürchtungen der Postulantinnen und Postulanten im Rahmen der Möglichkeiten und der tatsächlichen Verhältnisse. Darum spricht sich die FDP-Fraktion einstimmig gegen die Überweisung des Postulats aus. “

Res Hauser (JFSH)**Bürgerlich-liberale Fraktion**

”Die **Bürgerlich-liberale Fraktion** ist geschlossen gegen eine Überweisung dieses Postulats. Mit einer Ausnahme wohnen die Hauswarte bereits heute in den Dienstwohnungen, die in ihren Schulen integriert sind. Mit der Zusammenlegung von Hauswartstellen kommt es dazu, dass nicht in jeder Dienstwohnung ein Hauswart wohnt, und diese entsprechend anders genutzt werden kann. Es wird also schon bei der Einstellung überprüft, ob der Hauswart in seiner Dienstwohnung wohnen soll. Wir sind der Meinung, dass das Postulat bereits erfüllt und zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig ist. “

Ernst Spengler (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Wenn man den Titel des Postulats “Leere Dienstwohnungen in den Schulhäusern der Stadt Schaffhausen” mit der Antwort des Baureferenten vergleicht, hat es bei diesem Geschäft kein Fleisch am Knochen. Es werden heute Abend 40 Personen wegen einer leer stehenden Dienstwohnung bemüht. Wenn das so weiter geht, mutiert dieser Rat zum Kindergarten. Die **SVP/EDU-Fraktion** ist einstimmig gegen

die Überweisung dieses Postulats. “

Christa Flückiger (SP)**Schlusswort**

”Ich habe die Antwort aus dem Stadtrat mit Genugtuung entgegen genommen und gespürt, dass versucht wird, die bestmöglichen Lösungsansätze aufzuzeigen und auch umzusetzen. Zur Reorganisation der Hauswartungen stellt sich bei mir trotzdem ein ungutes Gefühl ein. Ich frage mich beispielsweise, ob der Hauswart der Schulanlage Hohberg, der zurzeit nicht in einer Dienstwohnung wohnt (weil es keine hat) bei der geplanten zusätzlichen Übernahme der Hauswartung für die Schule Kreuzgut gezwungen werden kann, in die dort vorhandene Dienstwohnung einziehen zu müssen. Es geht mir hauptsächlich um eine langfristige Prüfung der Situation bezüglich Dienstwohnungen. Zum Votum von Ernst Spengler möchte ich noch hinzufügen, dass es sich um zwei leer stehende Dienstwohnungen handelt.

Ich habe, wie bereits eingangs meines Schlusswortes erwähnt, vom Stadtrat gehört, dass er die Wohnungen - wo immer möglich - beibehalten möchte. Deshalb bin ich bereit, das Postulat zurückzuziehen. Allerdings werde ich die zukünftige Entwicklung sehr genau im Auge behalten. “

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3**Postulat Till Hardmeier (JFSH) vom 24. Mai 2011:
Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile****Till Hardmeier (JFSH)****Begründung**

”Früher gab es Königreiche und verschiedene Optionen für deren Vergrösserungen: Kriege führen, zusätzliche Gebiete kaufen oder finanzielle Abhängigkeiten schaffen oder ganz einfach den Prinzen auf die Suche nach einer geeigneten Braut in einem anderen Königreich schicken. Dies war zur Freude aller Beteiligten die beste Lösung. Heute ist es bei den Gemeinden und dem Kanton sehr ähnlich. Auch hier haben wir Königreiche, die sich gerne unabhängig sehen. Das haben wir gesehen, als die Stadt Schaffhausen auf Neuhausen zuzuging. Das war sozusagen eine Kriegserklärung. Wir müssen diese Thematik anders angehen und dafür sorgen, dass Prinzen und Prinzessinnen in guter Absicht zueinander finden. Bei der Zusammenarbeit entstehen auch Probleme. Die betroffenen Personen befürchten, ihren Job zu verlieren; es geht um Machtverlust, man könnte weniger Direktunterstellte oder weniger Budget zur Verfügung haben oder weniger Freiheiten geniessen. Es kann auch sein, dass in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht wurden. Viele Mitarbeitende können sich strategisch verhalten, deshalb müssten auf Ebene der Exekutive Gespräche aufgenommen werden, um die ideale Lösung herauszukristallisieren und anschliessend schrittweise umzusetzen. Die heutigen Personen oder die Angliederung an der einen oder anderen Instanz können Knacknüsse darstellen. Die Fragen, die man sich stellen muss, lauten in erster Linie “Wie sieht die Situation in 10 Jahren aus?”, “Was ist die ideale Lösung?” Aus Sicht des Steuerzahlers ist es nicht relevant, wer welche Position inne hat. Es zählt in erster Linie der gute Service zu einem guten Preis.

Es gibt durchaus Tätigkeiten - gemäss Details in meinem Postulat - wo die Infrastruktur besser ausgelastet werden kann, beispielsweise Ersatzfahrzeuge Müllabfuhr oder Schneeräumung, verbesserte Nutzung der Informatiksysteme bei

der Steuerverwaltung, bessere Auslastung der Spezialisten oder Bereichsleiter, weniger Einheiten verursachen auch weniger Schnittstellen. Ich glaube, dass einige Steuerprozente eingespart werden können, wenn sorgfältige Abklärungen durchgeführt und Optimierungen umgesetzt werden. Kürzlich haben wir in der Presse gelesen, dass die GPK des Kantons ein Postulat mit dem Auftrag einer verbesserten Zusammenarbeit eingereicht hat. Aus unserer Sicht, - unabhängig davon, ob man Befürworter oder Gegner eines Stadtkantons ist - sollte eine sorgfältige Überprüfung stattfinden, Transparenz geschaffen und alle Fakten gemeinsam diskutiert werden. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, seine eigene politische Position zu beziehen und entsprechend einzubringen.

Ich bin klar für Föderalismus und Effizienz, das heisst meiner Meinung nach muss nicht der Weg einer Übertragung der Aufgaben von Gemeinden zum Kanton eingeschlagen werden. Es gibt verschiedene Varianten, beispielsweise könnte beim Personal eine Zusammenarbeit mit Propers oder einer anderen externen Institution vorgesehen werden. Auch die Möglichkeit, dass der Kanton bestimmte Aufgabengebiete an die Gemeinden delegiert, kommt in Frage; analog dem Beispiel der direkten Bundessteuer, wo der Bund die Veranlagungen und das Inkasso delegierte. Dieses Vorgehen bedingt bestimmte Gesetzesänderungen, die über einen längeren Zeithorizont umgesetzt werden können.

Meine Meinung lautet: Zusammenarbeit wird die Region weiterbringen. Finden wir gute Beute für unsere Verwaltungsspringen, so hilft das uns allen. Ich freue mich auf die anschliessende Diskussion. “

SR Thomas Feurer

Stellungnahme Stadtpräsident

”Ich bin jetzt seit zwei Jahren glücklich verheiratet, aber für platonische Beziehungen mit Prinzessinnen, wo immer sie sind, wäre ich jederzeit offen. In diesem Sinne beantworte ich auch das Postulat.

Mit seinem Postulat schlägt Grossstadtrat Till Hardmeier vor, den Stadtrat einzuladen, Ihnen einen Bericht und Antrag zu Zusammenarbeitsmöglichkeiten und Verbesserungen mit anderen Gemeinden, Privaten oder dem Kanton zu unterbreiten. Das Postulat wurde von elf weiteren Ratsmitgliedern mitunterzeichnet, ein Signal dafür, dass die Thematik verschiedene Personen bewegt. Ein ähnlicher, inhaltlich jedoch noch weiter gehender Vorstoss der Geschäftsprüfungskommission des Kantons ist zurzeit im Kantonsrat hängig. Das Thema ist damit von grosser Aktualität. Es wird Kanton und Gemeinden voraussichtlich in nächster Zeit intensiv beschäftigen, Robin Blanck hat mich gerade eben auch darauf angesprochen.

Der Stadtrat geht mit den Urhebern des Postulats einig, dass eine systematische Analyse der Zusammenarbeitsmöglichkeiten wichtig ist. Wir haben dies auch immer wieder gemacht, vielleicht weniger systematisch, aber mindestens punktuell wurde die Möglichkeiten immer wieder genutzt. Es können Synergiepotenziale aufgezeigt werden, die, wenn sie konsequent genutzt werden, den Haushalt sowohl der Stadt als auch anderer Gemeinden und des Kantons entlasten. Der Stadtrat ist daher bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Mit den Arbeiten im Rahmen des Projekts „Systematisierte Leistungsanalyse“ (SLA) sowie auch aufgrund der Erfahrungen aus WoV - dieses Projekt wurde allerdings abgebrochen - verfügt die Stadtverwaltung bereits über eine gute Ausgangsbasis für die vorgeschlagenen weitergehenden Abklärungen. Der Stadtrat hat die Sommermonate genutzt, um bei den Bereichen erste Abklärungen zu den im Postulat genannten möglichen

Zusammenarbeitsbereichen durchführen zu lassen. Ebenso wurden die Referate und Bereiche eingeladen, zusätzliche eigene Vorschläge einzubringen. Die ersten Ergebnisse liegen vor und dienen als Grundlage für die weiteren Schritte.

Sollte auf kantonaler Ebene der Vorstoss der Geschäftsprüfungskommission erheblich erklärt werden - und davon kann wahrscheinlich ausgegangen werden - wird sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass die weiteren Abklärungen sowohl mit dem Kanton als auch mit weiteren Gemeinden so weit als möglich koordiniert werden. Ein koordiniertes Vorgehen erscheint mir sehr wichtig, die verschiedenen Ansätze müssen gezielt aufgenommen werden; wir sollten nicht einfach "los schiessen".

Zum heutigen Zeitpunkt ist es aber noch zu früh, bereits inhaltliche Schlussfolgerungen und Schwerpunkte zu präsentieren. Dies auch mit Rücksicht darauf, dass der Entscheid des Kantonsrats über das Postulat der Geschäftsprüfungskommission noch aussteht und im Grossen Stadtrat zum Beispiel die Frage der künftigen Zuständigkeiten im Steuerwesen im Zusammenhang mit dem Postulat Eugster noch heute Abend verhandelt wird. Der Stadtrat wird die weiteren Abklärungen im Falle der Überweisung des Postulats jedoch an die Hand nehmen und mit den anderen Vorstössen koordiniert planen. Zusammenfassend beantrage ich Ihnen daher im Namen des Stadtrates, das Postulat erheblich zu erklären. "

Martin Roost (OeBS, parteilos)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Das Postulat von Till Hardmeier wurde in unserer Fraktion positiv aufgenommen. Geschätzt wird vor allem, dass die Optimierungsmöglichkeiten für die Stadt ganzheitlich und nicht nur punktuell überprüft werden. Unsere Fraktion erachtet den Vorstoss daher als sinnvoll. Wie schon mehrmals gehört, hat die Geschäftsprüfungskommission vor einigen Tagen einen mutigen und prüfenswerten Vorstoss gewagt. Für uns erscheint es logisch, die Anliegen des heutigen Postulats zu unterstützen und die Türen einer möglichen Verwaltungsreorganisation offen zu lassen.

Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** erachtet deshalb das Postulat als sinnvoll und wird es unterstützen. "

Martin Egger (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

"Im vorliegenden Vorstoss sehen wir von der FDP-Fraktion den Beweis, dass sich die FDP und JFSH grundsätzlich sehr gut verstehen. Ich freue mich, dass sich Till Hardmeier vom Jungfreisinn einem der Kernthemen des Wahlkampfes 2008 "Sie wollen mehr Zusammenarbeit, wählen Sie FDP" verschrieben hat. Ebenso erfreulich ist die Tatsache, dass der SR ein positives Signal aussendet und mit der Prüfung der einzelnen Vorschläge von Till Hardmeier begonnen hat. Mit der Überweisung des Vorstosses unterstützt der Grosse Stadtrat das Vorgehen, die FDP wird ohne Gegenstimme für die Überweisung stimmen. "

Kurt Zubler (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Mit dem Postulat wird ein Prüfungsauftrag erteilt, und gegen eine Prüfung von mehr Effizienz und Zusammenarbeit haben wir nichts einzuwenden. Ich bin der Auffassung und hoffe sehr, dass daraus kein bürokratisches Monster entsteht, weil das die Gefahr solcher Aufträge ist, vor allem, wenn zu viel Papieraufwand betrieben wird.

Ich bin auch froh, hat Till Hardmeier ein Bekenntnis zum Föderalismus abgegeben. Bei allen Effizienzsteigerungen und Zusammenarbeitsmodellen ist es wichtig, dass die Dienstleistungen *bürger nah* erbracht werden und bei derjenigen Einheit angegliedert sind, welche diesen Service gewährleistet. Die Zusammenarbeitsmodelle sollen auf jeden Fall weiterhin demokratisch kontrolliert werden können. Erfahrungsgemäss ist diese demokratische Zugriffsmöglichkeit aber in einem grossen Verbund eher gefährdet. Da wir Alle an der Demokratie interessiert sind, gilt es, dies besonders zu beachten. “

Ernst Spengler (SVP)

SVP-EDU-Fraktionserklärung

”Wir haben die Antwort des SR auf das Postulat sehr wohl gehört und nehmen diese auch zur Kenntnis. Wir sind keine Freunde von Schnellschüssen, eine sorgfältige Überprüfung muss unbedingt stattfinden - aber es muss jetzt tatsächlich etwas gehen. Es darf nicht alles auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben werden. Wie lange redet man schon von der Zusammenlegung der Werkhöfe? Wir wollen, dass endlich einmal etwas geschieht. Die **SVP/EDU-Fraktion** wird das Postulat einstimmig unterstützen. “

Thomas Hauser (FDP)

Votum

”Ich möchte Kurt Zubler die Angst vor Monsterverwaltungen nehmen. Das Zusammenlegen von Verwaltungsbereichen ist bereits 30 Jahre alt: Die Schulzahnkliniken wurden zusammengelegt, es entstand kein Monster. Die Finanzkontrolle von Kanton und Stadt wurde ebenfalls zusammengelegt, es wurde auch nicht monstruös; weitere Zusammenlegungen fanden im Forstwesen und im Zivilstandswesen statt - alles wurde günstiger und kleiner. Sie können also ruhig zustimmen, ohne Angst vor Monstern. “

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat in seiner Schlussabstimmung mit 31:0 Stimmen erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4

**Postulat Josef Eugster (SVP) vom 7. Juni 2011:
Anfrage beim Kanton für die Übertragung des städtischen
Steuerwesens an den Kanton**

Josef Eugster (SVP)

Begründung

”Die Motivation meinerseits für dieses Postulat war vor allem die seit Jahren geführten Diskussionen und Spekulationen in dieser Angelegenheit, so auch in der Spezialkommission "Systematisierte Leistungsanalyse" (SLA). Ich habe damals den Finanzreferenten gebeten, diese Abklärungen zu tätigen. Soweit ich mich erinnern kann, fand das Anliegen auch in der SPK volle Unterstützung. Zu meinem Bedauern nahm das Ganze dann jedoch einen anderen Lauf. Im Klartext heisst das, man war im Stadtrat nicht bereit, die Anfrage beim Kanton zu tätigen und beispielsweise die GPK über das Resultat zu informieren. Interessant waren auch die Nachforschungen in die kurzzeitige Vergangenheit. Haben doch am 17. März 2007 53,5 % der Stimmberechtigten der Stadt Schaffhausen der Vorlage „Neuorganisation des

Steuerwesens“ zugestimmt.

Grundsätzlich müsste man sagen, dass die ganze Angelegenheit ein kleiner Schritt sein müsste, da der Kanton für die Stadt heute schon verschiedenste Steuerveranlagungen und den Einzug der daraus resultierenden Beträge bearbeitet, wie zum Beispiel Quellensteuer, Grundstückgewinnsteuer, Veranlagung juristischer Personen und so weiter.

Grundsätzlich ist es mir egal, wer das Steuerwesen bearbeitet, ob der Kanton oder die Stadt. Wichtig ist, dass der Vollzug dort gemacht wird, wo schlankere Strukturen vorhanden sind und die Prozesse optimiert werden können. Für den Vergleich Stadt / Kanton ist die Vollkostenrechnung Voraussetzung.

Im Interesse der Sache bitte ich nun den Stadtrat meinem Anliegen zu entsprechen, damit wir in Sachen Steuerwesen die zum Teil unseligen Diskussionen beenden können. “

Urs Tanner (SP)

Votum

”Bevor zu viel Kuschelstimmung aufkommt, möchte ich Sie bitten, im Zusammenhang mit Traktandum 4, Postulat von Josef Eugster betreffend Kantonalisierung des städtischen Steuerwesens einen Blick in die geltende Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats zu werfen, und zwar auf Art. 36, Ausstandsregelung. Sie alle kennen den Titel des Postulats: Anfrage beim Kanton für die Übertragung des städtischen Steuerwesens an den Kanton. Grossstadtrat Hermann Schlatter hat - wie wir alle wissen - die Funktion des stellvertretenden Leiters der kantonalen Steuerverwaltung. Mitglieder, welche durch einen Verhandlungsgegenstand unmittelbar persönlich betroffen werden, haben bei den betreffenden Verhandlungen und Beschlussfassungen den Ausstand zu nehmen - so steht es in Art. 36 der GO. Ich stelle keinen Antrag, möchte aber in dieser Angelegenheit von Hermann Schlatter wissen, wie er sich zu Art. 36 stellt, zumal es sich hier um eine “Überweisung an sich selbst” handeln würde, in welcher Funktion auch immer. “

Hermann Schlatter (SVP)

Votum

”Danke für das Zuspielen des Balls - Urs Tanner ist mir zuvorgekommen. Ich habe das Thema vorbereitet und werde bei diesem Traktandum in den Ausstand treten, und zwar aus nachstehenden zwei Gründen:

Unsere Fraktion hat hier im Rat, bei der Behandlung des Geschäfts “Einführung der geleiteten Schulen” gefordert, dass die involvierten Personen, insbesondere aus dem linken Lager, in den Ausstand zu treten hätten. In der Abstimmung waren wir bekanntlich unterlegen, wohl auch deshalb, weil Stadtschreiber Christian Schneider in seinem Gutachten zu Art. 36 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats keinen Ausstandsgrund ortete. Auch bei nachstehendem Postulat könnte ich wohl als Mitarbeiter und Stellvertreter des Vorstehers der kantonalen Steuerverwaltung nach Gesetzesauslegung ohne Weiteres mitstimmen.

Ich will aber - und das ist der zweite Grund - dem Chef der städtischen Steuerverwaltung keine weitere Angriffsfläche bieten, denn offenbar hat er Mühe zwischen meinem politischen Mandat und meiner beruflichen Tätigkeit zu differenzieren. So wird vieles, das von der Kantonalen Steuerverwaltung kommt, mit

meiner Person in Verbindung gebracht und mir angelastet, obwohl ich gar nicht involviert war. So hat er unter anderem anlässlich der Verbandstagung des "Verbands der Steuerkatasterführerinnen und Steuerkatasterführer im Kanton Schaffhausen" von Ende Mai in Gächlingen - diesem Verband steht er als Präsident vor - lautstark Luft verschafft, und zwar offenbar deshalb, weil ich an der Diskussion innerhalb der Spezialkommission "Systematisierte Leistungsanalyse" (SLA) sowie der GPK über die an den Kanton zu stellenden Frage bezüglich Preis bei einer Leistungsübertragung beteiligt war und zudem das behandelte Postulat von Till Hardmeier mitunterzeichnet hatte. Nebenbei bemerkt, zu jenem Zeitpunkt war das jetzt auf der Traktandenliste stehende Postulat von Josef Eugster noch nicht einmal eingereicht.

Bei dieser Gelegenheit halte ich fest, dass die Haltung der Schaffhauser Regierung und damit die meiner obersten Chefin, Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel, die ist, dass sie heute von sich aus die Zentralisierung des Steuerwesens nicht pusht, sehr wohl aber jederzeit und gerne bereit ist, auf Anfragen von interessierten Gemeinden Offerten abzugeben und das Steuerwesen zu übernehmen, so, wie dies der Kanton bereits schon für Neuhausen am Rheinfall und neun weitere Gemeinden macht. Auch die vor den Sommerferien anlässlich der Finanzreferententagung vorgestellte e-Government Strategie im Steuerwesen, sie kann auf der Homepage des Finanzdepartements heruntergeladen werden, ändert an dieser Haltung nichts. Es schleckt keine Geiss weg, dass Informatikprozesse einfacher und billiger umgesetzt werden könnten, wenn sie aus einer Hand kämen, als wenn sie dezentral an 16 verschiedenen Standorten zu organisieren sind. "

SR Peter Neukomm

Stellungnahme

"Erlauben Sie mir eine kurze Bemerkung zum Vorstoss Hardmeier: Ich kann ihn beruhigen, es gibt keine Prinzen, die nicht auch ihre Prinzessinnen ausserhalb der eigenen Bereiche suchen. In meinem Bereich gibt es verschiedene Zusammenarbeitsmodelle, schon viele Prinzen haben ihre Prinzessinnen ausserhalb der Stadt gefunden und sind mit diesen glücklich geworden. Der Stadtrat hat heute - das werden Sie morgen in der Zeitung lesen können - auf meinen Antrag beschlossen, dass wir künftig die Papierbeschaffung gemeinsam mit dem Kanton machen. Es ist nicht so, dass wir nicht wissen, wie mit Privaten, Kanton und Gemeinden zusammenzuarbeiten. Wir sind froh, an dieser Stelle darüber berichten zu können und neue Ideen diskutieren zu dürfen.

Im ersten Absatz erwähnen die Postulanten die kantonale Volksabstimmung vom 17. März 2007 (recte: 11. März 2007). Es ging dabei um die Änderung von § 2 des kantonalen Dekrets betreffend die Organisation des Steuerwesens vom 27. November 2000, das die Gemeindeaufgaben im Steuerbereich umschreibt. Die Abstimmungsfrage lautete damals, ob alle Gemeinden ihre Aufgaben im Steuerwesen und damit ihre Gemeindesteuerverwaltungen zum Nulltarif an den Kanton abtreten sollten. Die Vorlage wurde von einer Mehrheit der kantonalen Stimmberechtigten verworfen. Im Gegensatz zu einer relativ knappen Mehrheit in der Stadt hielt sie an der bisherigen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden fest, weshalb das Dekret bis heute in Kraft geblieben ist. Was der Postulant aber nicht erwähnt, ist, dass knapp zwei Monate nach diesem kantonalen Urnengang im GrSR eine Motion unseres heutigen Ratspräsidenten mit dem Titel „Neuorganisation des Steuerwesens“ beraten wurde, mit welcher der SR zu einer Abgabe des städtischen Steuerwesens an den Kanton verpflichtet werden sollte. Der Motionär berief sich bei der Begründung seines Vorstosses auch auf die Annahme der

kantonalen Vorlage in der Stadt. In der Sitzung vom 15. Mai 2007 lehnte der GrSR den Vorstoss aber mit 33 : 11 Stimmen ab. Gut vier Jahre später folgt das Postulat Eugster mit der gleichen Stossrichtung.

Bekanntermassen zahlen die Gemeinden, die ihre Steuerverwaltungen an den Kanton abgegeben haben, heute eine jährliche Abgeltung von CHF 57.-- pro Steuerpflichtigen. Dies ergäbe für die Stadt Gesamtkosten von über CHF 1.4 Mio. Die Postulanten gehen davon aus, dass die Offerte des Kantons aufgrund des Mengengerüsts der Stadt mit knapp der Hälfte aller Steuerpflichtigen klar tiefer ausfallen müsste als die erwähnten CHF 57.-- pro Steuerpflichtigen. Sie glauben deshalb, dass die Stadt mit einer Abgabe der Steuerverwaltung Geld sparen könnte. Damit wird primär auf die Kosten der städtischen Steuerverwaltung fokussiert und Bezug genommen auf den in der Jahresrechnung 2010 unter Konto 0201 ausgewiesenen Nettoaufwand von CHF 1'017'177.36. Korrekt ist, dass in den ausgewiesenen Kosten der Steuerverwaltung die Raum- und Overheadkosten nicht enthalten sind, weil die Steuerverwaltung, wie alle anderen Bereiche unserer Stadt, nicht nach WoV geführt wird. Hingegen sind darin enthalten der gesamte Lohn des Bereichsleiters Einwohnerdienste, der nicht nur für die Steuerverwaltung zuständig ist, sowie ab 2011 die Betreuung des Infoschalters im Erdgeschoss des Stadthauses, den die Steuerverwaltung zusammen mit der Einwohnerkontrolle ohne zusätzliches Personal führt.

Zur Erläuterung der Kostenentwicklung unserer Steuerverwaltung habe ich eine Tabelle mit verschiedenen Spalten vorbereitet:

Wie haben sich nun die Kosten unserer Steuerverwaltung in den vergangenen Jahren entwickelt? Der Nettoaufwand ist seit 2003 (CHF 1'342'550.--) rückläufig und zwar bis 2010 um mehr als CHF 325'000.--. Das ist umso erstaunlicher, als auf 2010 die Abgeltung an den Kanton für Systemkosten und Formulare um fast 70% oder um CHF 234'000.-- angestiegen ist, nämlich von CHF 314'611.-- auf CHF 532'970.--.

Ohne diese zusätzlichen Abgeltungen an den Kanton lägen die Kosteneinsparungen bei über einer halben Million Franken. Bei CHF 1.017 Mio. Nettoaufwand und 24'113 Steuerpflichtigen betrug der Kostenanteil pro Steuerpflichtigen im Jahr 2010 CHF 42.--. Gemäss Budget 2011 wird der Nettoaufwand der Steuerverwaltung dieses Jahr unter CHF 1 Mio. liegen, nämlich bei CHF 902'200.--, und dies inklusive Lohn des Bereichsleiters Einwohnerdienste. Das entspricht umgerechnet jährlichen Kosten von etwa CHF 37.-- pro Steuerpflichtigem, also rund CHF 20.-- weniger, als der Kanton pro Steuerpflichtigen von den Gemeinden verlangt, welche die Hoheit über das Steuerwesen an ihn abgetreten haben. Das beweist, wie kostenbewusst und effizient die städtische Steuerverwaltung bisher gearbeitet hat. Und sie wird diesem Credo treu bleiben: Nachdem bei den personellen Ressourcen weitere Optimierungen erzielt werden konnten und ab 2012 die Kosten für die Veranlagung der Grundstückgewinnsteuer wegfallen - die Übernahme durch den Kanton entspricht einer Gleichbehandlung der Stadt mit den anderen Gemeinden - werden die städtischen Ausgaben für das Steuerwesen nächstes Jahr nochmals sinken und pro Steuerpflichtigen spürbar unter CHF 37.-- liegen. Damit die Stadt darüber hinaus weitere, ins Gewicht fallende Einsparungen erzielen könnte, müsste der Kanton also eine eigentliche Dumpingofferte unterbreiten. Ein solches Angebot müsste natürlich für alle anderen Gemeinden gelten, die bis heute jährlich CHF 57.-- pro Steuerpflichtigen an den Kanton abliefern. Ob der Kanton aufgrund seiner aktuell angespannten Finanzlage über den dafür nötigen finanziellen Spielraum verfügt, erscheint fraglich.

Die Steuerverwaltung der Stadt braucht bezüglich Effizienz keinen Vergleich zu scheuen. Das gilt auch für ihre Leistungsfähigkeit: Trotz einem Ressourcenabbau von 14.4 auf 11 Stellen hat sie ihren Output in den vergangenen Jahren stark verbessert. So betrug der Stand der offenen Veranlagungen per Ende 2003 noch 9'982 und per Ende 2010 lediglich noch 1'866. Dieser Erfolg war nur möglich dank einer engagierten Abteilungsleitung, einer zeitgemässen Organisations- und Teamentwicklung, qualifizierten Mitarbeitenden sowie neuen EDV-Instrumenten. Der SR steht deshalb hinter den Mitarbeitenden seiner Steuerverwaltung, die trotz Prozessoptimierungen und Organisationsverschlinkung mit ihrer wichtigen Arbeit tagtäglich eine vorbildliche Bürgerfreundlichkeit an den Tag legen. Das Beispiel der Steuerverwaltung zeigt, dass es nicht zwingend Zuständigkeit und Grösse über die Effizienz einer Organisationseinheit entscheiden.

Nun gab und gibt es aber aus der Sicht der Stadt im Zusammenhang mit der Frage einer allfälligen Kantonalisierung der Steuerverwaltung nicht nur den Aspekt des Übernahmepreises, sondern gewichtige Gründe, die für eine eigene Steuerverwaltung sprechen. Sie erinnern sich sicherlich noch an den Abstimmungskampf im Jahr 2007, als es um diese Vorlage ging und einlässlich darüber diskutiert wurde. Ich fasse mich deshalb kurz, möchte aber trotzdem Folgendes in Erinnerung rufen: Mit der Aufgabe der Hoheit im Steuerwesen wäre ein bedeutender Autonomie- und Know how-Verlust verbunden. Vor allem Letzteres erweist sich für die Vernetzung und Zusammenarbeit innerhalb des Bereichs Einwohnerdienste - aber auch mit anderen städtischen Abteilungen - als sehr wertvoll. Über eigene Fachkompetenzen im Steuerwesen zu verfügen, ist im Hinblick auf wichtige finanzpolitische Entscheide und Weichenstellungen der Stadt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Dies gilt nicht nur bezüglich der Einschätzung der laufenden und künftigen Steuereingänge, sondern auch bei der Beurteilung des steuerlichen Umfelds, insbesondere kantonaler Steuerentscheide, die immer auch spürbare Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben. Da die Stadt die Steuereingänge der natürlichen Personen monatlich mit dem Kanton abrechnen kann, hat die städtische Hoheit über das Steuerwesen auch aus finanzieller Sicht positive Aspekte, insbesondere was das Liquiditätsmanagement angeht. Zudem führt die Steuerverwaltung zusammen mit der Einwohnerkontrolle den neuen Info-Schalter im Erdgeschoss des Stadthauses, und zwar ohne zusätzliches Personal. Wenn die Steuerverwaltung beim Betrieb des Infoschalters wegfallen sollte, würde dies zwangsläufig eine Personalaufstockung bedingen. Dass sich die Steuerverwaltung im Stadtzentrum befindet, macht Sinn und ist für den SR für die Zukunft unabdingbar, hat sie doch neben der Einwohnerkontrolle mit Abstand die meisten Kundenkontakte. Es wäre dem attraktiven Service Public unserer Stadt abträglich, wenn die Bevölkerung diese kompetente Anlaufstelle in Steuersachen im Stadthaus verlieren würde.

Nach der Ablehnung der Kantonalisierung des Gemeindesteuwerwesens in der Volksabstimmung 2007 hielt der ehemalige kantonale Finanzdirektor fest, das Votum des Souveräns sei zu respektieren, die Frage der Kantonalisierung der Gemeindesteuerverwaltungen sei nun vom Tisch, und es gelte vorwärts zu schauen, um nach anderen guten Lösungen zu suchen. Der Kanton und die Gemeinden haben diese Aufforderung ernst genommen und versuchen, gemeinsam das Steuerwesen im ganzen Kanton vorwärts zu bringen, um es noch effizienter und kostengünstiger zu gestalten. Dieses partnerschaftliche Vorgehen steht für die Kantonsregierung im Zentrum der nächsten Jahre und nicht die Frage der Kantonalisierung der städtischen Steuerverwaltung. Das hat die kantonale Finanzdirektorin anlässlich der Finanzreferententagung vom 30. Juni 2011 vor den Finanzreferentinnen und

-referenten im Waldhaus bekräftigt: Der Kanton will zusammen mit den Gemeinden die Gesamtkosten des Steuerwesens im Kanton - das heisst Kanton inklusive alle Gemeinden - mittels Umsetzung von eGovernment- und IT-Vorhaben (eSchKG, eMeldewesen, automatische Veranlagung, eWertschriften, eArchiv, Fullscanning) in den Jahren 2012 – 2014 von zur Zeit CHF 7.3 Mio. auf CHF 6.1 Mio. reduzieren (gemäss Präsentation eGovernment Schaffhausen vom 30.06.2011). Da die Stadt etwa die Hälfte der steuerpflichtigen natürlichen Personen des Kantons betreut, wird absehbar knapp die Hälfte dieser CHF 1.2 Mio. Einsparungen bei der städt. Steuerverwaltung anfallen. Zur Umsetzung dieser erfolgversprechenden Projekte erwartet der Kanton von den Gemeinden - insbes. auch von der Stadt - ein Engagement ihres Fachpersonals sowie nicht unerhebliche Investitionen. Damit ist absehbar, dass wir auch künftig eine positive Kostenentwicklung in der städt. Steuerverwaltung erwarten dürfen.

Ich komme zum Schluss: Der SR hat beim letzten Traktandum einen umfassenden Auftrag zur Prüfung von Verbesserungsmöglichkeiten bei der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Privaten und dem Kanton entgegengenommen. Einen zusätzlichen Auftrag bezogen auf eine einzelne Abteilung braucht es unter diesen Umständen nicht mehr. Zudem werden auf kantonaler Ebene im Zusammenhang mit dem Postulat "Stadt und Land - Hand in Hand" der GPK des Kantonsrats wieder Diskussionen über die künftigen politischen Strukturen unseres Kantons anlaufen. Aber vor allem hat das kantonale Finanzdepartement zusammen mit den Gemeinden und der Stadt bei der Weiterentwicklung des Steuerwesens im Kanton unterdessen einen anderen Weg eingeschlagen, als denjenigen, den die Postulanten avisieren. Dieses aufgegleiste Kooperationsmodell soll jetzt nicht bereits wieder in Frage gestellt werden. Deshalb macht die Überweisung des Postulats im heutigen Zeitpunkt keinen Sinn, weshalb wir Ihnen beantragen, es abzulehnen.

Ich nehme an dieser Stelle keine Stellung zu den Ausführungen von Hermann Schlatter und zu seinen Angriffen auf den Chef der Steuerverwaltung, obwohl ich dazu einiges erwähnen könnte. Ich halte mich deshalb zurück, da Differenzen zwischen Beamten nicht in diesen Saal gehören. Wir sollten hier über politische Geschäfte sprechen. "

Till Hardmeier (JFSH)

Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung

"In der Steuerverwaltung sehen wir einen klaren Trend, der Automatisierung heisst. Es gibt bereits Kantone, wo Belege mit dem Handy fotografiert und danach elektronisch übermittelt werden können. Die Steuererklärung wird bald nicht mehr von Hand ausgefüllt und in einem Briefumschlag an die Steuerverwaltung geschickt, wo Mitarbeitende die entsprechenden Auswertungen machen. In Zukunft werden Steuererklärungen innerhalb bestimmter Bandbreiten elektronisch "durchlaufen" und die entsprechenden Veranlagungen erfolgen automatisch, ausserhalb dieser Bandbreiten erfolgt weiterhin eine Prüfung. Es werden ebenfalls Stichproben durchgeführt. Die Steuerlandschaft wird sich damit substanziell verändern. Vor dem Hintergrund dieser Automatisierung werden die Kosten sinken, vor allem dann, wenn die Anzahl der Veranlagungen durch den erwähnten Systemwechsel erhöht werden kann. Dem Steuerzahler ist es egal, wer veranlagt; er braucht lediglich einen Schalter für die Behandlung seiner persönlichen Anliegen. Wir haben gesehen, dass personelle Konflikte entstehen, die konstruktive Diskussionen allenfalls verhindern könnten.

Unsere Fraktion hat die Steuerverwaltung der Stadt besucht, detaillierte

Informationen erhalten und Diskussionen geführt. Es gibt Bedenken, dass eine gut funktionierende Einheit mit einer bis zu einem gewissen Grad taktisch ausformulierten Offerte vom Kanton verschwindet und der Kanton zukünftig bestimmte Fälle selbst bearbeitet. Das Geschäft muss sehr genau überprüft werden, es muss Transparenz geschaffen werden und Äpfel müssen mit Äpfeln verglichen werden. Die Kosten müssen sorgfältig aufgeteilt und durchleuchtet werden (Anteil Info-Schalter, Infrastruktur und Bereichsleitung), um schlussendlich die besten Prozesse und die besten Leute herauszukristallisieren.

Aus unserer Fraktion kann ich mehrheitliche Unterstützung des Vorstosses melden, mit dem Auftrag, das Geschäft kritisch zu hinterfragen. “

Urs Tanner (SP)**SP/AL-Fraktionserklärung**

”Ich möchte im Namen der SP/AL-Fraktion drei Punkte gegen das Postulat von Josef Eugster aufführen. Vorher möchte ich Hermann Schlatter für seine positive und proaktive Haltung im Sinne der Transparenz danken. Das kann durchaus als Vorbild für die Zukunft dienen. Im Zweifel sollte tendenziell die Entscheidung für den Ausstand eher früher als später gefällt werden.“

Im März 2007 erfolgte die Kantonale Volksabstimmung, mit der Fragestellung, ob die Gemeinden ihre Steueraufgaben zum Nulltarif an den Kanton abtreten. Diese Vorlage wurde von der kantonalen Schaffhauser Bevölkerung gesamthaft abgelehnt. Diesem Ergebnis muss sich auch die Stadt Schaffhausen fügen, zumal bei kantonalen Vorlagen nur als Gesamtheit Ja oder Nein gesagt werden kann.

Zum beliebten Spiel “Stadtrat spielen und Kompetenzen”: Die Organisation der Verwaltung liegt gemäss Art. 53, Abs. 3, des Gemeindegesetzes eindeutig im Zuständigkeitsbereich der Exekutive. Es handelt sich um ein kantonales Gesetz. Für das Postulat gilt, dass das angesprochene Steuerwesen gemäss Art. 2 des Kantonalen Dekrets betreffend Organisation des Steuerwesens eindeutig kantonal zugeordnet wird. Trotzdem betrachten wir das Postulat richtigerweise als zulässig, empfinden den rein formal juristischen Vorstoss jedoch als Versuch, die von uns geforderte inhaltliche Diskussion zu verhindern. Trotzdem sind wir dagegen, und zwar weil der Vorstoss von Josef Eugster vom 7. Juni 2011 datiert ist und das heute Abend schon oft erwähnte Postulat der kantonalen GPK, datiert vom 15. August 2011, in dieser Thematik viel weiter geht und sozusagen “eine Etage höher” positioniert ist. Da stellt sich die Frage, ob wir jetzt ein Flickwerk wollen, das heisst heute ein Badezimmer renovieren, wenn morgen das ganze Haus abgebrochen wird oder wir vor der Frage stehen, in Zukunft in einem Hochhaus oder einem Gärtnerhäuschen zu leben. Aus diesem Grund bin ich bei Till Hardmeier auch nicht aufgestanden. Ich gehe davon aus, dass der am Montag in diesem Saal tagende Rat dem Postulat zustimmen wird. Es geht um eine zentrale Verwaltung durch den Kanton Schaffhausen für alle kommunalen Belange oder es soll einen Stadtkanton geben. Das ist vielleicht eine noch viel grössere Geschichte als damals die Kantonsverfassung. Lassen Sie den Kantonsrat und den Regierungsrat seine Arbeit machen und Lösungsmöglichkeiten sorgfältig prüfen, die sicherlich jetzt ganz anders aussehen. Zum heutigen Zeitpunkt ist die Mehrheit der **SP/AL-Fraktion** gegen dieses Postulat. “

Martin Egger (FDP)**FDP-Fraktionserklärung**

”Dieses Parlament hat sich im Saal nebenan anlässlich der Beratungen des Projekts

“sh.auf” in einer Konsultativabstimmung für die Zentralisierung des Steuerwesens beim Kanton ausgesprochen. In der Volksabstimmung vom 11. März 2007 über die Neuorganisation des Steuerwesens hat eine Mehrheit, rund 53.5% der Schaffhauserinnen und Schaffhauser, Ja zur Zentralisierung gesagt, und dies trotz massiven Widerstands der damaligen Finanzreferentin, des Stadtpräsidenten und einiger Parlamentarier. Schade, dass die Chancen damals verpasst wurden, jährlich wiederkehrende Kosten von CHF 1 Million aus dem Budget der Stadt Schaffhausen an den Kanton abzugeben. Persönlich bin ich enttäuscht über die Haltung des heutigen Stadtrats, scheinbar hat sich nichts geändert. Ich glaube, er versteht nicht, dass es sich hier nicht um einen Angriff auf die Effizienz der Steuerverwaltung handelt, sondern darum, dass Stadt und Kanton zusammen aufgrund der grösseren zu verarbeitenden Anzahl der Steuereinsteller effizienter und ohne Abbau des Service public ihre Aufgabenstellung erfüllen können. Steter Tropfen höhlt den Stein, die FPD-Fraktion unterstützt einen neuerlichen Anlauf in dieser Sache. Wir stimmen der Überweisung des Postulats ohne Gegenstimme zu - so glaube ich wenigstens. “

Rainer Schmidig (EVP)**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

“Unsere Fraktion ist für jede sinnvolle Zusammenarbeit mit dem Kanton. Wir sind grundsätzlich auch offen für eine Übertragung des Steuerwesens an den Kanton. Allerdings muss es finanziell und organisatorisch für die Stadt von Vorteil sein. Das städtische Steuerwesen wurde in den letzten Jahren rationalisiert und optimiert. Diese Erfolge dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb sind wir der Meinung, dass der vorgeschlagene Weg des Kantons zur Optimierung des gesamten Steuerwesens im ganzen Kanton unbedingt weiter verfolgt werden muss. Die Stadt muss dabei aber gleichberechtigt mitreden und mitbestimmen. Aus diesem Grund können wir das Postulat, mindestens mehrheitlich, im Moment nicht unterstützen. “

Walter Hotz (FDP)**Votum**

“Ich werde dieses Postulat nicht unterstützen und mich der Stimme enthalten, und zwar aus folgenden Überlegungen:

Was heisst eigentlich Zentralisierung oder Zusammenlegung? Welche Vor- oder Nachteile bringt sie? Erinnern wir uns an die eigentlichen Ziel dieser möglichen Zentralisierung: Kostensenkung, Qualitätsverbesserung, Verminderung des Verwaltungsaufwands, Entwicklungstendenzen, Bürgerzufriedenheit, Standortvor- und -nachteile, personelle Auswirkungen. Insbesondere im Zusammenhang mit letzteren muss man offen kommunizieren, vor allem mit dem Personal. Wenn Kosteneinsparungen überhaupt möglich sind, dann geht das nur über das Personal. Das habe ich in diesem Rat schon oft erwähnt. Es muss offen und ehrlich kommuniziert werden, in allen Bereichen. Doch Achtung, hat der Kanton seine Hausaufgaben in seiner eigenen Verwaltung schon gemacht? Letzte Woche hatten wir eine Informationsveranstaltung in der KSD. Dazu gibt es viele Fragen, nicht nur zur Stadt. Die zuständige Finanzreferentin hat in diesem Zusammenhang gesagt, sie erteile uns gerne einen Buchhaltungskurs, als sie etwas in Bedrängnis kam. Ist es sinnvoll, dass alle Macht an den Kanton delegiert wird? Gerade im Steuerbereich hat unsere städtische Verwaltung gezeigt, dass sie in den meisten Bereichen ihre Hausaufgaben wie ausgezeichneter Service public und nicht ausgeschöpfte Nutzung der Stellenprozent dank optimaler Nutzung der EDV erledigt hat. Ich habe mir die Unterlagen herauskopiert, SR Peter Neukomm hat dies schon aufgezeigt. Es ist eine Tatsache, dass die Steuerverwaltung in 2005 noch einen Aufwand von CHF 1'112'000.-- auswies, während im Jahr 2010 sich die Ausgaben rückläufig auf rund

CHF 1'017'000.-- stabilisierten. Ich habe schon einige Bereiche überprüft und mit einigen Bereichsleitern in meiner Funktion als GPK-Präsident gesprochen. Der Bereich Steuerverwaltung hat mich bezüglich Kostensenkung am meisten überzeugt. Ich habe versucht, meine Fraktionskollegen davon zu überzeugen, wir haben die Steuerverwaltung besucht und Gespräche geführt. Leider ist mir eine vollständige Überzeugung nicht ganz gelungen. Aber es ist wirklich so, dass bei der Steuerverwaltung Kosten gesenkt werden konnten. Es gilt festzuhalten, dass bei einer Zentralisierung des Steuerwesens ein Zurückdrängen der Gemeindeautonomie erfolgt. Die Bürgerinnen und Bürger, das Parlament und schliesslich die Exekutive werden nur noch mit einer zentralen kantonalen Macht zu tun haben. Unnötig darauf hinzuweisen, dass die Stärken einer Gemeinde und damit das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Traditionen verloren gehen. Die Probleme werden auch nach der Zusammenlegung die gleichen bleiben, auch beim Kanton, so, wie wir es heute bei den Gemeinden haben. Ich bin der Meinung, dass wir den Finanzbereich bei uns behalten sollten, damit wir jederzeit den Finger darauf halten können. Ich bitte Sie, zu überlegen, ob Sie diesem Postulat zustimmen wollen oder nicht - ich werde mich der Stimme enthalten. "

SR Peter Neukomm

Stellungnahme

"Ich nehme kurz Stellung zu verschiedenen Aussagen, vor allem auch zu Martin Egger, der wieder das städtische Abstimmungsresultat bemüht. Er war vermutlich noch nicht in diesem Saal, als es um die Frage des Personalgesetzes ging. Vielleicht erinnern Sie sich noch daran, weshalb die Stadt das gleiche Personalgesetz übernehmen musste, obwohl in der Stadt der Abstimmungsausgang anders war. Da wurde umgekehrt argumentiert und gesagt, es sei eine *kantonale* Abstimmung, massgebend sei das Resultat des Kantons, weil es sich um eine kantonale Gesetzesgrundlage handelt. Jetzt ist es plötzlich wieder anders - aber man kann ja alles so drehen, wie es einem passt.

In Abrede stellen muss ich an dieser Stelle den Angriff von Martin Egger auf den Stadtrat und seine Aussage, es habe sich seit 2007 nichts geändert. Da hat er mir offensichtlich nicht richtig zugehört. Wir stehen seit langem in gutem Kontakt mit dem Kanton, das Finanzdepartement des Kantons hat zusammen mit dem Finanzreferenten den Weg aufgezeigt, wie wir das Ziel einer Verbesserung des gesamtkantonalen Steuerwesens erreichen können und gemeinsam weiterentwickeln wollen, und zwar mit allen Gemeinden, selbstverständlich auch mit der Stadt. Es steht keineswegs zur Diskussion, dass die Stadt jetzt ausschert und einen anderen Weg einschlägt, auch wenn beim längsten Votum in diesem Saal zum Thema des eigenen Ausstands gleichzeitig die Argumente des Stadtrats aufgenommen werden und doch etwas zum Vorstoss gesagt wird, nämlich, das Thema sei gegenüber dem Kanton nicht so vorgebracht worden wie immer gesagt werde. Ich kann Ihnen versichern, dass die Finanzreferenten aller Gemeinden dies genau so verstanden, wie es gesagt wurde. Es macht keinen Sinn, von den Gemeinden zu erwarten, dass diese sich mit grossen personellen Ressourcen und Finanzen in einen Prozess einlassen, wenn gleichzeitig die Kantonalisierung der Steuerverwaltung der Gemeinden in Frage gestellt wird, das heisst der gemeinsam zwischen Gemeinden und Kanton beschlossene Weg in Frage gestellt wird.

Ich hoffe, Sie sehen diesen Zusammenhang und beantrage Ihnen im Namen des Stadtrats, das Postulat nicht zu überweisen, weil es nicht dem Weg entspricht, der zwischen Gemeinden und Kanton vereinbart wurde. Wir wollen diesen erfolgsversprechenden Weg jetzt gemeinsam gehen. "

Josef Eugster (SVP)**Schlusswort**

„Ich muss schon sagen, dass ich über gewisse Voten erstaunt bin, auch über dasjenige des Stadtrats. Grundsätzlich ist es mir egal, wer das Steuerwesen bearbeitet. Wichtig ist, dass der Vollzug dort gemacht wird, wo schlanke Strukturen vorhanden sind und die Prozesse optimiert werden können. Für den Vergleich Stadt/Kanton ist die Vollkostenrechnung Voraussetzung. Ihr Zahlenmaterial ist nicht ehrlich, die Lohnnebenkosten betragen mindestens 20%; das ergibt für das Jahr 2010 zusätzlich ungefähr CHF 208'000.--, total ergeben sich CHF 2,25 Mio. Zudem fehlen die EDV- und Raumkosten, schätzungsweise weitere CHF 200'000.-- bis 300'000.--. Das wäre eine ehrliche Auflistung.“

Martin Egger (FDP): stellt Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf.
Der Grosse Stadtrat heisst diesen Antrag mit deutlichem Mehr gut.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat in seiner Schlussabstimmung und unter Namensaufruf mit 15:12 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

MITTEILUNG DES RATSPRÄSIDENTEN

Der Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP), verliest folgendes Rücktrittsschreiben:

Rücktrittsschreiben von Daniel Preisig (JSVP) vom 12. September 2011:

Das Leben ist voller Überraschungen. Von meinem neuen Arbeitgeber, der «Atos IT Solutions & Services», habe ich ein einmaliges Job-Angebot erhalten: Internationale Prozess- und Management-Beratung im Ausland. Ich werde in international zusammengestellten Teams jeweils 12 Wochen an einem Standort arbeiten, bevor es für die nächsten 12 Wochen an den nächsten Standort geht. Damit wird für mich ein Traum wahr: Herausfordernde Arbeit in fernen Ländern und Kulturen. Die erste Destination ist die 21-Millionen-Metropole Mumbai, Indien. Es ist klar, dass die damit verbundene Langzeit-Abwesenheit unmöglich mit einer seriösen Ratstätigkeit vereinbar ist. Deshalb trete ich per 31. Oktober 2011 als Grossstadtrat zurück und mache einem Kollegen oder einer Kollegin den Platz frei.

Der Abschied fällt mir alles andere als leicht, denn Politik ist für mich sehr wichtig geworden und es gibt noch viel zu tun in unserer Stadt – noch sehr viel! Der Schuldenberg wird immer erdrückender und der Stadtrat hat bisher keine glaubwürdigen Anstalten gemacht, ernsthaft etwas gegen das Ausgabenwachstum zu tun. Statt Probleme zu lösen, verpufft der Stadtrat seine Energie damit, die Probleme schönzureden. Gleichzeitig mangelt es an der Umsetzung von wichtigen Zukunftsprojekten, wie zum Beispiel der Rheinufergestaltung. Im Stadthaus wird viel geplant, aber selten gebaut. Unzählige vom Stadtrat eingesetzte Arbeitsgruppen, Kommissionen und Begleitgruppen debattieren stundenlang, entschieden wird trotzdem nichts. Hauptgrund für den Reformstau sind sicher nicht die Finanzkompetenzen, sondern die Führungsschwäche des Stadtrates verbunden mit einer mangelnden Prioritätensetzung. Für die Zukunft wünsche ich dem Stadtrat mehr Mut und Entschlussfreudigkeit.

Dem Parlament wünsche ich weiterhin eine gesunde Streitkultur. Wie Sie wissen,

gehöre ich nicht zu den konservativen Kulturpessimisten, die bei jeder Gelegenheit betonen, der Umgang im Parlament sei viel schlechter geworden. Im Gegenteil: Ich bin der Überzeugung, dass eine substanzielle, kontroverse Diskussion zu besseren Lösungen führt. Der abgelutschte Stilvorwurf darf kein Entschuldigungsgrund für eine substanzielle Diskussion sein. In der Sache muss gekämpft werden, alle Fakten und Argumente müssen auf den Tisch, auf der persönlichen Ebene soll man sich mit Respekt begegnen. Dass dies sehr wohl möglich ist, zeigen die vielen freundschaftlichen Beziehungen über die Parteigrenzen hinweg.

Zum Schluss möchte ich allen Ratskolleginnen und Ratskollegen für die gute, respektvolle Zusammenarbeit danken. Es war eine interessante, lehrreiche und schöne Zeit, auf die ich gerne zurück blicke. Es war spannend zu sehen, wie verschieden die Blickwinkel sein können und wie unterschiedlich Dinge bewertet werden können. Ich durfte viele wunderbare Menschen kennenlernen. Ihnen allen wünsche ich privat, beruflich und politisch alles Gute und viel Erfolg.

Gezeichnet: Daniel Preisig

PS: Bitte vergessen Sie nicht, die Rhybadi-Sauna voranzutreiben und kommen Sie um Gottes Willen nicht auf die Idee, die Polizeistunde wieder einzuführen, während ich weg bin. “

Laudatio von Daniel Preisig (SVP) durch Ratspräsident Edgar Zehnder (SVP:

”Daniel Preisig wurde am 7. Juni 2005 in den Grossen Stadtrat gewählt, dies als Ersatz für den zurückgetretenen Hanspeter Huber. Seit der Legislatur 2009 war Daniel Preisig Mitglied der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit. Mit Daniel Preisig verliert nicht nur die städtische und kantonale SVP einen starken Jungpolitiker, auch der Rat wird ihn vermissen. Daniel Preisig hat in seiner kurzen Politlaufbahn nicht weniger als 4 Motionen, 5 Postulate, 2 Interpellationen und eine kleine Anfrage eingereicht und mit teilweise harten Kampfmethoden verteidigt und begründet. Er hat in diesen 6 Jahren in insgesamt 10 Spezialkommissionen mitgewirkt.

Wir haben Daniel Preisig als grossen Strategen und unermüdlichen Schaffer kennengelernt. Er zieht für sich die einzig mögliche Konsequenz, unseren Rat zugunsten seiner beruflichen Veränderung zu verlassen. Dies im steten Glauben und Streben nach der vollkommenen Erfüllung seiner Pflichten an der Gesellschaft und seiner Überzeugung, dass nur ganze Sachen zählen, halbe Bemühungen und Einsätze kamen für ihn nie in Frage. Nicht jeder hier im Saal war immer über die Voten unseres Kollegen erfreut, waren seine Worte manchmal doch treffender als uns lieb war. Wer Daniel Preisig aber näher kannte und auf seine Ideen einzugehen vermochte, merkte bald, dass der junge Mann sein ganzes Engagement uns, unserer Stadt und der Attraktivität unserer Region verschrieben hatte. Alles Tugenden, die wir heute oft bei unserer jungen, fordernden und selbstherrlichen Jugend vermissen.

Wer beim Rücktrittsschreiben von Daniel Preisig aufmerksam hingehört hat, merkt aus den Schlusszeilen, dass er nicht gedenkt ewig in fremden Ländern zu verweilen und vielleicht schon bald wieder nach Schaffhausen zurückkommt. Ich wünsche Daniel Preisig lehrreiche Erfahrungen in fernen Ländern, möge er gesund wieder zu uns zurück nach Schaffhausen finden. Ich danke Daniel Preisig im Namen der Stadt Schaffhausen für seinen Einsatz. “

SCHLUSSMITTEILUNG DES RATSPRÄSIDENTEN:

”Die nächste Sitzung vom 20. September 2011 findet wie bereits angetönt nicht statt. Es ist dies nun bereits die dritte Sitzung, die gestrichen werden muss, da zu wenig verhandlungsbereite Geschäfte vorhanden sind. Ich bitte den Stadtrat dringend, die Vorlagen und Vorstösse rasch möglichst bereit zu melden.“

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:15 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring